

Disziplinarverfahren und Disziplinarklage

von Rechtsanwalt Christian Beducker

Dieser Newsletter stellt aktuelle Entwicklungen aus Rechtsprechung und Gesetzgebung zum Disziplinarrecht zusammen.

Inhalt:

1. Aktuelle Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes
2. Die Abschaffung der Disziplinarklage in Baden-Württemberg

1. Aktuelle Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes

Übersicht:

- a) BVerwG vom 6.10.2009 – 1 D 1/09 – Verlesen von Niederschriften über die Beweisaufnahme
- b) BVerwG vom 24.9.2009 – 2 C 80/08 – Fortsetzung des Verfahrens bei Verhandlungsunfähigkeit des Beamten
- c) BVerwG vom 4.9.2008 – 2 B 61/07 – Unmittelbarkeit der Beweiserhebung – Verlesung von Vernehmungsprotokollen
- d) BVerwG vom 1.9.2009 – 2 B 34/09 – Dauer des Disziplinarverfahrens
- e) BVerwG vom 25.8.2009 – 1 D 1/08 – Anwendung eines für den Beamten günstigeren Rechts
- f) BVerwG vom 11.8.2009 – 2 AV 3/09 – Frist zur Durchführung des Disziplinarverfahrens
- g) BVerwG vom 29.1.2009 – 2 B 34/078 – Versuchte Straftat

a) Verlesen von Niederschriften über die Beweisaufnahme

Am 6.10.2009 hat das Bundesverwaltungsgericht (1 D 1/09) beschlossen, dass die im Disziplinarverfahren oder einem anderen gesetzlich geordneten Verfahren erhobenen Beweise nur dann Gegenstand der Hauptverhandlung und für die Urteilsfindung verwertbar werden, wenn die Niederschriften über die

Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung verlesen worden sind. Einem ohne verlesenem Protokoll zustande gekommenen Urteil fehlt jede ausreichende Grundlage, so dass es nicht standhalten kann (zu Zeugenaussagen s. unten 1 c). Der beschuldigte Beamte hat einen Anspruch darauf, dass bereits im ersten Rechtszug nach Maßgabe der einschlägigen prozessrechtlichen Vorschriften alle erforderlichen Maßnahmen zur Aufklärung der Sach- und Rechtslage ordnungsgemäß getroffen werden.

Zwar könne das Bundesverwaltungsgericht bei einer unbeschränkt eingelegten Berufung im Rahmen der Anschuldigung gegebenenfalls eigene Tat- und Schulfeststellungen treffen, diese disziplinarrecht-

Tipp



Viele weitere Informationen zum Thema Beamtenrecht finden Sie auf www.rehmnetz.de/beamtenrecht

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit unserem Experten Dr. Maximilian Baßlberger.



[\[direkt zum Blog\]](#)

lich würdigen und die sich daraus ergebenden Folgerungen ziehen. Eine solche Verfahrensweise würde zwar dem Beschleunigungsgebot (§ 4 BDG) Rechnung tragen, aber dem Anspruch des Ruhestandsbeamten zuwiderlaufen, dass über den gegen ihn erhobenen Vorwurf im Rahmen der Anschuldigungen in zwei Instanzen ordnungsgemäß verhandelt und entschieden wird.

b) Fortsetzung des Verfahrens bei Verhandlungsunfähigkeit des Beamten

Am 24.9.2009 hat das Bundesverwaltungsgericht (2 C 80/08) entschieden, dass der „Durchführungsgrundsatz“, dass der Einleitung oder Fortsetzung des Disziplinarverfahrens die Verhandlungsunfähigkeit des Beamten nicht entgegensteht, unter dem Bundesdisziplingesetz unausgesprochen fortgilt. Allerdings können der verfassungsrechtliche Grundsatz des fairen Verfahrens und der Grundsatz rechtlichen Gehöres es verbieten, gegen einen verhandlungsunfähigen Beamten eine Disziplinarmaßnahme zu verhängen, wenn sich im Einzelfall das Mitwirkungsrecht des Beamten, insbesondere im Rahmen der Beweiswürdigung auch durch einen Verfahrens- bzw. Prozesspfleger nicht verwirklichen lässt.

Weiter stellt die Entscheidung fest, dass eine Beseitigung von Mängeln des behördlichen Disziplinarverfahrens oder der Klageschrift nach § 55 Abs. 3 Bundesdisziplingesetz (BDG) im Falle der Fristsetzung durch einen Beschluss der Disziplinarkammer nicht durch eine Verfügung allein des Kammervorsitzenden verlängert werden kann.

Werden Mängel der Klageschrift nach ordnungsgemäßer Fristsetzung nach § 55 Abs. 3 BDG nicht innerhalb der Frist beseitigt, führt dies zum Ausschluss des betroffenen Tatkomplexes, nicht aber zur Einstellung des Disziplinarlageverfahrens, wenn noch mangelfrei angeklagte Dienstvergehen verbleiben, die die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder die Abberückung des Ruhegehaltes rechtfertigen könnten.

c) Unmittelbarkeit der Beweiserhebung – Verlesung von Vernehmungsprotokollen

Am 4.9.2008 hat das Bundesverwaltungsgericht (2 B 61/07) beschlossen, dass der im gerichtlichen Disziplinarverfahren entgegen dem behördlichen Disziplinarverfahren (§ 24 BDG) geltende Grundsatz der

unmittelbaren Beweiserhebung durch das Verwaltungsgericht es verbietet, eine bestrittene beweispflichtige Tatsache statt im Wege des Zeugenbeweises durch Verlesen von Vernehmungsprotokollen des behördlichen Disziplinarverfahrens oder anderer gesetzlich geordneter Verfahren festzustellen.

Das Verwaltungsgericht darf die in einem anderen gesetzlich geordneten Verfahren getroffenen tatsächlichen Feststellungen nach § 57 Abs. 2 BDG seiner Entscheidung nur dann ohne erneute Prüfung zugrunde legen, wenn sie nicht bestritten werden.



Produktipp

Baßlperger

Einführung in das neue Beamtenrecht

Mit den Neuregelungen durch das Beamtenstatusgesetz sicher umgehen

Internetausgabe

Halbjahrespreis für 3 Zugriffe € 24,50,
weitere Lizenzen auf Anfrage.

ISBN 978-3-8073-0128-0

Das Beamtenrecht ist durch viele abstrakte Rechtsbegriffe gekennzeichnet und in viele Gesetze und Verordnungen gegliedert, was die Umsetzung in die Praxis erschwert. Diese Einführung dient als Orientierungshilfe für die tägliche beamtenrechtliche Arbeit. So wird die Verflechtung von Beamtenstatusgesetz und LBG für die Anwender in allen Bundesländern deutlich.

- **Extrem praktisch:** Arbeitshilfen, wie z. B. Urkundenmuster, ergänzen die Informationen. Praktische Beispiele und Fälle weisen den Weg.
- **Leicht verständlich:** Grafiken, Übersichten und Schaubilder helfen, die Einzelprobleme und Zusammenhänge besser zu verstehen.
- **Schnell lesbar:** Die wichtigsten beamtenrechtlichen Grundsätze sind optisch hervorgehoben. Verweise führen direkt in die relevanten Normen.
- **Optimal erschlossen:** Sicheres und schnelles Navigieren durch eine übersichtliche Oberfläche, durchdachte Verlinkungen und gute Suchmöglichkeiten.



Reinhören: das Interview mit Herrn
Dr. Baßlperger zur Beamtenrechtsreform
www.rehmnetz.de

[\[Testzugang anfordern\]](#)

d) Dauer des Disziplinarverfahrens

Am 1.9.2009 hat das Bundesverwaltungsgericht (2 B 34/09) festgestellt, dass eine entlastende Berücksichtigung der sich an ein Strafverfahren anschließenden Dauer des Disziplinarverfahrens, wenn der Beamte durch sein Fehlverhalten das Vertrauensverhältnis zum Dienstherrn endgültig zerstört hat, nicht in Frage kommt. Das Bundesverwaltungsgericht sieht diese Auffassung durch die Regelungen in § 15 BDG bestätigt, wonach im Gegensatz zu allen anderen Disziplinarmaßnahmen die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis und die Aberkennung des Ruhegehaltes vom Maßnahmeverbot wegen Zeitablaufs weiterhin ausgenommen sind.

e) Anwendung eines für den Beamten günstigeren Rechts

Am 25.8.2009 hat das Bundesverwaltungsgericht (1 D 1/08) entschieden, dass es sich aus dem Rechtsgedanken aus § 2 Abs. 3 StGB ergeben kann, dass für die Frage, ob ein Beamter im angeschuldigten Tatzeitraum seine Dienstpflichten schuldhaft verletzt hat, auf ein für den Beamten günstigeres Recht und nicht auf das im Tatzeitpunkt geltende Recht abzustellen ist.

f) Frist zur Durchführung des Disziplinarverfahrens

Am 11.8.2009 hat das Bundesverwaltungsgericht (2 AV 3/09) entschieden, dass die in § 62 BDG genannte Frist zur Durchführung des Disziplinarverfahrens keine absolute Frist darstellt, sondern lediglich Ausdruck des Beschleunigungsgrundsatzes ist. Ein Antrag auf eine gerichtlich bestimmte Frist zum Abschluss eines Disziplinarverfahrens ist daher grundsätzlich nicht begründet.

Zwar geht das Gesetz in § 62 Abs. 1 BDG davon aus, dass die Behörde das Disziplinarverfahren innerhalb von sechs Monaten abschließt. Diese Frist ist jedoch keine absolute; sie ist vielmehr Ausdruck des das Disziplinarrecht beherrschenden Beschleunigungsgrundsatzes und soll die für die Durchführung des Disziplinarverfahrens zuständige Dienstbehörde veranlassen, das Verfahren ohne unangemessene Verzögerungen durchzuführen; es soll sie insbesondere daran hindern, nach Einleitung des Verfahrens untätig zu bleiben. Die Vorschrift steht damit in einem

Spannungsverhältnis zu der gleichfalls bestehenden Pflicht, den disziplinarrechtlich relevanten Sachverhalt umfassend zu ermitteln (§ 21 Abs. 1 BDG) und dem Beamten, gegen den ermittelt wird, die Möglichkeit zur Äußerung zu geben (§ 30 BDG). Gestalten sich die Ermittlungen schwierig oder umfangreich, so lässt sich die in § 62 Abs. 1 BDG genannte Frist unter Umständen nicht einhalten, ohne die Aufklärungs- und die Anhörungspflicht zu verletzen. Bereits zu der vergleichbaren Vorschrift des § 66 BDO hatte das Bundesverwaltungsgericht deshalb verlangt, dass ein eventuelles säumiges Verhalten der für die Durchführung des Disziplinarverfahrens zuständigen Behörde schuldhaft sein musste.

g) Versuchte Straftat

Am 29.1.2009 hat das Bundesverwaltungsgericht (2 B 34/078) beschlossen, dass disziplinarrechtlich eine versuchte Straftat den Beamten ebenso belastet wie eine vollendete, es sei denn, dass der Nichteintritt des Erfolges auf einem zurechenbaren Verhalten des Beamten beruht.

Hinweis:

Die Zusammenfassung eines weiteren Urteils im Zusammenhang mit der amtsangemessenen Beschäftigung finden Sie [hier](#) auf unserem Rehmnetz-Portal.

2. Die Abschaffung der Disziplinar-klage in Baden-Württemberg

Durch das Gesetz zur Neuordnung des Landesdisziplinarrechtes vom 2.8.2008 hat das Land Baden-Württemberg in § 38 Abs. 1 S. 1 LDG BW eine Rechtsgrundlage dafür geschaffen, dass alle Disziplinarmaßnahmen durch Disziplinarverfügung seitens des Dienstherrn ausgesprochen werden können. § 38 Abs. 1 S. 1 LDG BW lautet insoweit: „Disziplinarmaßnahmen werden durch Disziplinarverfügungen ausgesprochen.“

Damit wurde bundesweit erstmalig die Möglichkeit geschaffen, dass ein Beamter durch Disziplinarverfügungen auch aus dem Beamtenverhältnis entfernt

oder zurückgestuft werden kann. Unmittelbare Konsequenz ist, dass bis zum rechtskräftigen Abschluss des Disziplinarverfahrens der Beamte unter gleichzeitiger Einbehaltung eines Teils seiner Dienstbezüge sogleich des Dienstes enthoben wird (§ 31 Abs. 2 S. 1 LDG BW).

Der Beamte ist sodann auf die Erhebung der Anfechtungsklage verwiesen.

Nach Auffassung des Unterzeichners wird hier abzuwarten bleiben, ob und inwieweit den gravierenden

Auswirkungen dieser Maßnahme hinreichend Rechnung getragen wird. Im Falle einer ordnungsgemäßen Durchführung des behördlichen Disziplinarverfahrens erscheint die Regelung vor dem Hintergrund sinnvoll, dass Unterschiede zu vergleichbaren Verfahren nivelliert werden und eine Verfahrensbeschleunigung erreicht wird.

*Christian Beducker
Rechtsanwalt*



Produktipp

Dr. Torsten von Roettenken (Hrsg.), Christian Rothländer (Hrsg.), Dr. Bernhard Burkholz u. a.

Beamtenstatusgesetz

Kommentar



Loseblattwerk in 2 Ordnern
ISBN 978-3-7685-0953-4
€ 129,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Bezieher des Loseblatt-Werkes „Hessisches Bedienstetenrecht“ (Gesamtausgabe und Teil IV) erhalten den Kommentar zum Beamtenstatusgesetz im Rahmen ihres Abonnements.

Das Beamtenstatusgesetz legt die Grundstrukturen für eine bundeseinheitliche Anwendung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten fest und verzichtet auf weitergehende Regelungen. Die Länder erhalten weitgehende Handlungs- und Gestaltungsoptionen für ihr Personal, um den unterschiedlichen Organisations- und Personalstrukturen Rechnung tragen zu können. Bundeseinheitlich sind nur noch die Grundstrukturen des Statusrechts geregelt. Damit bleiben die Einheitlichkeit des Beamtenrechts und die landesübergreifende Mobilität gewährleistet. Die Ausgestaltung und Umsetzung im Einzelnen regeln die Länder in eigener Verantwortung.

[\[mehr Info\]](#)

Mehr Informationen erhalten Sie im rehmnetz-Shop.

Gansen (Hrsg.)

Disziplinarrecht in Bund und Ländern

Kommentar



Loseblattwerk in 3 Ordnern
ISBN 978-3-7685-3043-9
€ 139,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 239,95 ohne Aktualisierungslieferungen

Der moderne Klassiker

Der „Gansen“ hat sich in den letzten Jahren zum Standardwerk für das Disziplinarrecht entwickelt. Er informiert zuverlässig über die neue Rechtslage in Bund und Ländern. Neben der Kommentierung des BDG sind die Disziplinargesetze der Länder abgedruckt und gegebenenfalls Abweichungen zum BDG kommentiert.

Eine Synopse erschließt die parallelen Paragraphen in Bund und Ländern. Dadurch ist das Werk sowohl im Bund als auch in den Ländern Gewinn bringend einsetzbar. Die für die Arbeit im disziplinarrechtlichen Bereich unverzichtbaren ergänzenden Vorschriften sind ebenfalls alle abgedruckt.

Zusätzlich enthält das Werk verschiedene Mustertexte für Praktiker (z. B. Einleitungs-/Einstellungsverfügung, Ladung, Protokoll, Disziplinarklage) und Schaubilder.

[\[mehr Info\]](#)

bestellcoupon per Fax an: 0 89 / 21 83-76 20



Ja, ich bestelle:

Ihre Arbeitshilfen



Expl. _____
 Roetteken (Hrsg.), Rothländer (Hrsg.),
 Burkholz u.a.
Beamtenstatusgesetz
 Kommentar
 Loseblattwerk in 2 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-0953-4
 € 129,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Baßlsperger (Hrsg.)
Einführung in das neue Beamtenrecht
 Mit den Neuregelungen durch das
 Beamtenstatusgesetz sicher umgehen
 Softcover
 ISBN 978-3-8073-0125-9
 € 39,90
Internetausgabe
 ISBN 978-3-8073-0128-0
 Halbjahrespreis für 3 Zugriffe: € 24,50
 Mit zusätzlichen Vertiefungen, Arbeitshilfen
 und aktualisiertem Text.



Expl. _____
 Auerbach
Das neue Bundesbeamtengesetz
 Synopse mit Kurzerläuterungen
 zu den Änderungen im BBG
 Softcover
 ISBN 978-3-8073-0111-2
 € 29,90



Picken Sie sich
 das Beste heraus!

Wichtige Informationen
 zum Themenkomplex
 Beamtenrecht finden Sie auf
 unserer Homepage!

[mehr Info]

Weitere Bestellmöglichkeiten

Bestellhotline:
 0 89 / 21 83-79 28

Bestellfax:
 0 89 / 21 83-76 20

Per E-Mail:
 kundenbetreuung@hjr-verlag.de

Per Internet:
 www.rehmnz.de

Per Post:
 Verlagsgruppe
 Hühlig Jehle Rehm GmbH
 81677 München

Disziplinarrecht



Expl. _____
 Ganssen (Hrsg.)
**Disziplinarrecht in Bund und
 Ländern**
 Kommentar
 Loseblattwerk in 3 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-3043-9
 € 139,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
 € 239,95 ohne Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Zängl, Conrad
Bayerisches Disziplinarrecht
 Praktiker-Kommentar
 Loseblattwerk im Ordner
 ISBN 978-3-8073-0284-3
 € 99,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
 € 229,95 ohne Aktualisierungslieferungen

Hier können Sie unser komplettes Titelangbot
 zum Bereich Beamtenrecht einsehen.

Einrichtung/Firma

Kundennummer (falls zur Hand)

Besteller/in Vorname/Name

Funktion

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon (freiwillig)*

Telefax (freiwillig)*

E-Mail (freiwillig)*

Ort/Datum



Unterschrift

Herzlichen Dank für Ihre Bestellung!

***Datenschutzhinweis:** Ihre persönlichen Angaben werden von der Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm ausschließlich für eigene Direktmarketingzwecke, evtl. unter Einbeziehung von Dienstleistern, verwendet. Darüber hinaus erfolgt die Weitergabe an Dritte nur zur Vertragsdurchführung oder wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Sie können der Nutzung Ihrer Daten gegenüber der untenstehenden Adresse in Textform widersprechen ohne dass hierfür andere Übermittlungskosten nach dem jeweiligen Basistarif entstehen.
 Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.

Ein Angebot der Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm GmbH,
 Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg; im
 Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten!

Garantiert mit Rückgaberecht.

Die Ansichtsfrist für alle Fortsetzungswerke beträgt
 4 Wochen, für alle anderen Produkte 14 Tage. Sollte ich
 von dem Produkt nicht überzeugt sein, sende ich es ohne
 weitere Verpflichtung zurück (bei Software inkl. versie-
 geltem Freischalt-Schlüssel). Die Rücksendung erfolgt an
 die auf der Rechnung angegebene Versandadresse.

Aktualisierungsservice für Loseblattwerke
 und Software.

Dieser Service garantiert mir auch künftig rechtssicheres
 Handeln. Wenn sich für meine Arbeit wichtige Rechts-
 änderungen ergeben, erhalte ich automatisch eine
 Aktualisierung zum jeweils gültigen Preis. Dieser Service ist
 jederzeit kündbar.

Alle Preise zzgl. Versandkosten. Die Lieferung erfolgt
 auf Rechnung und Gefahr des Käufers. Bis zur voll-
 ständigen Bezahlung behalten wir uns das Eigentum an
 den gelieferten Produkten vor. Im Übrigen gelten die
 Geschäftsbedingungen des Verkäufers. Preisänderungen
 vorbehalten.

WAN 514154 Stand Januar 2010